



Fordern statt fördern: Junge Gründer mit Aufträgen zu unterstützen, könnte effizienter sein, als Start-ups zu bezuschussen. Foto: mauritius images / Pitopia

Der Staat als erster Kunde

GRÜNDUNGSFINANZIERUNG: Die öffentliche Hand kann Start-ups durch Pilotprojekte unterstützen. In Deutschland geschieht das noch viel zu selten.

VON MATILDA JORDANOVA-DUDA

Die im Frühjahr gegründete „EU Unicorns Group“ der Chefs von 30 milliardenschweren europäischen Jungunternehmen fordert die EU-Kommission auf, Pioniertechnologie durch öffentliche Beschaffung zu unterstützen. „Innovation muss in der DNA der öffentlichen Beschaffungspolitik liegen. Wir können nicht immer für die Vergangenheit zahlen, wir müssen in die Zukunft investieren“, so Taavi Madiberk, CEO des estnischen Einhornskelton Technologies, der Energiespeicher produziert. Die Unicorn-Gründer drängen darauf, dass die öffentliche Hand als Pilotkunde Innovationen im Frühstadium mit geringem bürokratischen Aufwand und dem klaren Mandat zur Übernahme von Risiken kaufen darf.

Die öffentliche Beschaffung hat keinen besonders innovationsfreundlichen Ruf in Deutschland. Bund, Länder und Kommunen geben zwischen 350 Mrd. € und 500 Mrd. € jährlich für Produkte und Dienstleistungen aus: In Innovationen könnten schätzungsweise 10 % bis 15 % dieser Summe fließen. Das wäre mehr als jede Innovationsförderung bewegen könnte. Der Gesetzgeber hat zwar die Einbeziehung strategischer Ziele gestärkt: Bei der Auftragsvergabe können qualitative, soziale, umweltfreundliche oder innovative Aspekte berücksichtigt werden. „In der Praxis zählt aber weiterhin allein der Preis“, stellt eine Studie der Universität der Bundeswehr in München fest. Das billigste ist nicht unbedingt das wirtschaftlichste Angebot, aber „eine Kosten-Nutzen-Analyse oder eine lebenszyklusbasierte Kostenrechnung sind bei Weitem nicht etabliert“. Wären sie es, würden innovative Produkte und Dienstleistungen, z. B. von Start-ups, wahrscheinlicher zum Zuge kommen.

In Berlin etwa hatte sich eine Arbeitsgemeinschaft aus drei Start-

ups einen Großauftrag des landeseigenen Immobiliendienstleisters BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) gesichert. Die BIM suchte Anbieter von innovativen Technologien, um Feuerwehren, Polizeistationen, Schulen und Museen in der Hauptstadt energetisch zu sanieren. Die Maßnahmen sollten skalierbar sein, die Investitionen möglichst gering und sich schnell durch Einsparung von Energiekosten amortisieren. Perto, MyWarm und eGain bündeln die Temperaturprognosesteuerung der Heizkessel, den intelligenten hydraulischen Abgleich der Heizkörper und den Austausch ineffizienter Pumpen. „Wir arbeiten sehr gerne mit Start-ups

„Innovation muss in der DNA der öffentlichen Beschaffungspolitik liegen. Wir können nicht immer für die Vergangenheit zahlen, wir müssen in die Zukunft investieren.“

Taavi Madiberk, CEO des estnischen Start-ups Skeleton Technologies

zusammen, da diese eine andere Dynamik, Flexibilität und den Innovationscharakter in Projekte einbringen“, so Johanna Steinke, Leiterin Kommunikation und Marketing bei BIM. Matthias Berg vom Kompetenzzentrum Innovative Beschaffung (Koinno) beim Bundesverband für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) berät und zertifiziert im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums öffentliche Entscheider. Ein einfacher Hebel für die Beschaffung von Innovationen sei: weg von klassischen Leistungsverzeichnissen, hin zu funktionalen Leistungsbeschreibungen. „Heute sagt der Bedarfsträger: Ich hätte gern einen roten VW Golf und der muss in vier Wochen auf dem Hof

stehen. Die Beschaffungsstelle hat kaum eine Möglichkeit zu fragen: Hm, brauchst du wirklich einen Golf? Brauchst du vielleicht eine Mobilitätslösung? Es ist schon in aller Deutlichkeit festgelegt, was man haben will, und nicht, was das Problem ist.“

Manche Formulierung schließt Gründer dabei praktisch aus. „Wenn ich 35 Referenzen, mindestens 80 Angestellte und eine Eigenkapitalquote von 6 Mio. € fordere, wird es für Start-ups schwierig“, so Berg.

Südkorea und die USA haben Quoten für die öffentliche Beschaffung von Innovationen. Die internationalen Vergleiche sind jedoch ungenau. „In anderen Regionen existieren wesentlich zentralisiertere Strukturen“, sagt Berg. In der Bundesrepublik gebe es schätzungsweise bis zu 30 000 Vergabestellen. Dies bedeute eine Vielzahl an Beschäftigten, die entsprechendes technisches Know-how und einen Marktdurchblick brauchen.

Jungunternehmen empfiehlt Koinno, sich auf den E-Vergabepattformen von Bund und Ländern bzw. für die europaweiten Ausschreibungen in der TED-Datenbank (Tenders Electronic Daily) der EU umzuschauen. Berg: „Man muss in Dialog mit den öffentlichen Häusern treten, um zu erfahren, was sie eigentlich wünschen.“

„Diese sollen den Bedarf oder besser ihre Herausforderung klar definieren, sodass jemand von außen diese verstehen und das entsprechende Produkt anbieten kann“, sagt Juan Carmona-Schneider vom Zentrum für Innovation und Technik (Zenit), das Innovations-, Förder- und Europaagentur des Landes NRW und zugleich EU-Kontaktstelle von Koinno ist. Die EU hat Instrumente, die PCP (Pre-Commercial Procurement) und PPI (Public Procurement of Innovative Solutions), mit denen sie innovationsorientierte Beschaffung fördert. Dem Zenit-Experten zufolge ist die öffentliche Hand eine gute Referenz und bringt Folgeaufträge mit sich.

PARKETTNOTIZEN

Turbulenzen am Kryptomark

Die virtuellen Währungen – Bitcoin, Ether und Co. – sind ja bekannt für ihre heftigen Kurschwankungen. Erst kürzlich war der Bitcoin an dieser Stelle Thema, weil der Wert über die Marke von 60 000 \$ gestiegen war. Was danach passierte, ist an Kursdynamik kaum zu überbieten. Am vergangenen Wochenende stand der Bitcoin nur knapp über 30 000 \$.

Schuld ist Chinas Regierung. Sie hat einen veritablen Crash bei den Kryptos ausgelöst. Einige von ihnen halbierten ihren Wert fast auf einen



Stefan Wolff arbeitet als Finanzjournalist u. a. für das ARD-Börsenstudio. Foto: privat

Schlag, um sich dann wieder rasant zu erholen. Den Auslöser für den Ausverkauf lieferte die chinesische Notenbank, die People's Bank of China. Die hatte erneut darauf hingewiesen, dass Kryptowährungen nicht als Zahlungsmittel verwendet werden dürfen. Chinesischen Banken und Zahlungsdienstleistern untersagte sie, jegliche Dienstleistungen

rund um Kryptowährungen anzubieten, und setzte damit auf das generelle Verbot ein weiteres Verbot drauf.

Kryptowährungen sind vor allem in autoritär geführten Staaten ein Dorn im Auge ihrer Regierungen. Bitcoin, Ether und Co. werden im Computer geschaffen, also außerhalb ihres Einflussbereichs. Zahlungen erfolgen anonym. Kapitalverkehrscontrollen sind damit unmöglich. Regimekritiker können mithilfe solcher Währungen ihr Vermögen vor dem Zugriff der Regierungen schützen, Kriminelle übrigens auch.

Zu Wochenbeginn haben mehrere Unternehmen der Branche angekündigt, ihre Geschäfte in China einzustellen. Der politische Druck zeigt Wirkung. Hinzu kommen Umweltbedenken. Denn Bitcoin sind Energiefresser. Sie entstehen durch die Lösung komplizierter Rechenaufgaben. Die dazu zusammengeschlossenen Rechner stehen vor allem in Ländern, in denen Strom billig ist. Häufig sind dort Kohle und Gas die Energieträger der Wahl.

Momentan verbrauchen die Bitcoin-Schürfer etwa so viel Strom wie die Niederlande, immerhin ein hoch entwickeltes Land mit 14 Mio. Einwohnern. Je mehr Bitcoin entstehen, desto komplizierter werden die Rechenaufgaben, desto höher steigt der Stromverbrauch.

Das Problem wird schon lange kritisch diskutiert. Umso erstaunlicher ist da, dass Elon Musk erst jetzt auf diesen Zug aufgesprungen ist. Der E-Auto-Pionier hat vor Kurzem dem Bitcoin das Vertrauen entzogen. Die Kryptowährung dürfe nicht mehr als Zahlungsmittel für den Kauf eines seiner Autos dienen, beschied der E-Auto-Pionier. Der Grund: Bitcoin zu schürfen, sei umweltschädlich.

Diese Erklärung ist wohlfeil, weil der Umstand nicht wirklich überraschend ist und Tesla-Gründer Musk trotzdem – also offenkundig wider besseres Wissen – erst im Februar Tesla-Vermögen im Wert von 1,5 Mrd. \$ in Bitcoin geparkt hatte. Der Schritt sorgte für einen Kursanstieg des Digitalgeldes und bescherte Tesla einen schönen außerordentlichen Gewinn in der Quartalsbilanz.

Nach dem Absturz mischte sich Musk erneut ein. Über Twitter lobte er US-Unternehmen, die zukünftig Bitcoin mit Ökostrom schürfen wollen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.